No. 291. — 56. Jahrgang.

Mittwoch, 24. Juni 1908

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.

Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.

Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Alexanderstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 23, Bauxreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Geschäftsannahmestellen), Rixdorf, Prinzenstraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Hauptstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königschaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Stichwahl in Moabit.

Der 12. Landtagswahlkreis hat 714 Wahlmänner. Davon haben sich bei der gestrigen Stichwahl, die von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends stattfand, nur 620 an der Wahl beteiligt. Es haben sich also 94 Wahlmänner abseits gehalten, ein bei einer derartigen Wahl ungewöhnlich hoher Prozentsatz.

Es erhielten:

Prediger Dr. **Runze** (freis. Vp.) . . . 307 Stimmen,
Stadtverordneter Adolf **Hoffmann** (soz.) 313 „

Somit gewählt: Stadtverordneter **Adolf Hoffmann** (soz.).

* * *

Bei der Wahl am 16. Juni hatten erhalten:

Prediger Dr. Runze (fr. Vp.) . . . . 165 Stimmen
Rechtsanwalt Ulrich (kons.) . . . . . 164 „
Professor Leidig (natl.). . . . . 2 „
Stadtverordneter Hoffmann (soz.) . 312 „

Um 6½ Uhr, kurz vor Schluß der Wahl, standen beide Parteien einander vollständig gleich; jede hatte auf ihren Kandidaten 306 Stimmen vereinigt. Zwei Schuhmachermeister, die von den Konservativen als Wahlmänner aufgestellt worden waren und am 16. dieses Monats für Rechtsanwalt Ulrich gestimmt hatten, gaben gestern ihre Stimmen dem Sozialdemokraten. Schließlich schleppten die Freisinnigen noch einen Mann und die Sozialdemokraten noch acht Mann heran, dann schlug es 7 Uhr, und die Wahl war zu Ende. Das Resultat wurde mit ungeheurem Jubel seitens der zahlreich versammelten Sozialdemokraten begrüßt.

* * *

Die Sozialdemokraten haben also noch einen Wahlmann mehr aufgebracht, während unter den Blockgenossen etliche, auf die man rechnen zu können glaubte, nicht mitgemacht haben. Am 16. Juni waren von den bürgerlichen Parteien zusammen 331 Stimmen aufgebracht worden; gestern brachten sie es nur auf 307; es haben also 24 Mann versagt, mehr als genug, um den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten herbeizuführen. Und da ausdrücklich versichert worden ist, daß von den freisinnigen Wahlmännern keiner verreist gewesen sei, so darf man daraus den Schluß ziehen, daß es 24 nationalliberale und konservative Blockgenossen gewesen sind, die den Freisinn im Stich gelassen haben. Damit vergleiche man die Selbstentsagung, mit der die Blockfreisinnigen in den verschiedensten Wahlkreisen die reaktionären Kandidaten unterstützt haben! Es gilt also auch für den Moabiter Wahlkampf und seinen Ausgang, was von der gesamten Blockpolitik im Reiche gilt: der Freisinn darf überall mit wahrem Heldenmut die reaktionäre Politik unterstützen; wenn er aber auf den Lohn für seine Treue rechnet, dann läßt man ihn kaltlächelnd abfallen.

* * *

In dem Moabiter Wahlkampfe spiegelt sich, wie in den fünf anderen für den Freisinn verloren gegangenen Berliner Wahlkreisen, der deutliche Widerwille der entschieden freisinnigen und der demokratischen Bevölkerung gegen die Blockpolitik ab. Denn sonst hätten die Freisinnigen mehr als 165 und die Sozialdemokraten weniger als 312 im ersten Wahlgange erhalten müssen. Außerdem hatte man, wie bereits gestern von uns hervorgehoben und begründet worden ist, von freisinniger Seite bei der Auswahl des Kandidaten keine glückliche Hand. So ist es nunmehr dahin gekommen, daß die ehemalige unbestrittene Domäne der alten Fortschrittspartei, Berlin zur Hälfte an die Sozialdemokratie verloren gegangen ist! So rasch und so kräftig ist selten eine Partei heruntergewirtschaftet worden wie die freisinnige Volkspartei durch ihre gegenwärtigen „Führer" und ihre „liberale" Politik.

Der „Zehngebote-Hoffmann", der als siebenter Sozialdemokrat in das preußische Dreiklassenparlament einzieht, ist ein geübter Zwischenrufer, der manchen preußischen Junker beim Herlagen auswendig gelernter Tiraden gegen den „Umsturz" aus dem Konzept bringen wird.

Daß die „führenden" Freisinnsleuchten aus dem Verlust von halb Berlin an die Sozialdemokratie die richtigen Lehren ziehen werden, dafür fehlt leider jeder Anhalt. Es muß erst noch schlimmer kommen.

Konzertpädagogen.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei.

Zur Vorbildung junger katholischer Geistlicher als Schulaufsichtsbeamte hat der preußische Kultusminister auf Ersuchen des Bischofs v. Limburg genehmigt, daß fortan alljährlich im Herbst am katholischen Lehrerseminar zu Montabaur ein sechswöchiger pädagogischer Kursus zu ihrer Unterweisung in der Pädagogik und Methodik abgehalten werden soll.

Ob sich wohl ein einziger Berufszweig außer den Lehrern von Leuten „beaufsichtigen" lassen muß, die an drei Dutzend Tagen das ganze Geschäft studiert haben?

Die Reichstagsdynastie Winterfeldt.

Das Reichstagsmandat für Preußlau-Angermünde, das durch den Tod des Alterspräsidenten des Reichstages, Geheimrats v. Winterfeldt erledigt ist, wird, wie einem hiesigen Blatt geschrieben wird, dem Sohn des Verstorbenen, dem Oberpräsidialrat v. Winterfeldt angeboten werden. Dieser war früher Landrat im Kreise.

Schmoller.

Zum siebzigsten Geburtstag.

Der Volkswirtschaftsprofessor Schmoller rückt heute ins biblische Alter ein. Die landesüblichen Ehrungen sind ihm reichlich zuteil geworden; die Universität Berlin sandte ihn als ihren Vertreter ins Herrenhaus; er ist Mitglied des preußischen Staatsrats; seit langem schon gehört er der Akademie der Wissenschaften an, und stolz darf er den Charakter eines „Historiographen der brandenburg-preußischen Geschichte" sein eigen nennen.

Männer, denen eine solche Ueberbürdung mit den in Preußen herkömmlichen Auszeichnungen zustößt, pflegen im allgemeinen eine epochale Bedeutung für den Fortschritt und die Freiheit der geistigen Güter nicht zu haben. Was die in den Zentralämtern ausschlaggebende hohe Bureaukratie an diesem Schmoller immer hochgeschätzt hat, was ihn jetzt zum vertrauten Berater des vierten Reichskanzlers macht: das ist seine Zuverlässigkeit in den Fragen des monarchischen Gedankens, der neudeutschen Flotten- und Kolonialpolitik, der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der logischen bürgerlichen Demokratie. Es ist wahr: auch Schmoller hat einmal unter dem Verdachte seufzen müssen, zu den Kreisen der Kathedersozialisten zu gehören. Seine Fehden, die er zu jenen Zeiten gegen Treitschke und den Freiherrn v. Stumm führte, sind nach neutraler Schätzung der rühmlichste Moment in seiner Gelehrtenlaufbahn. Nachdem er sich bereits mit einer Begeisterung und einem Eifer, von denen sein kühles Temperament sonst nichts wußte, hineingearbeitet hatte in eine rücksichtslose Verehrung und Verherrlichung der hohenzollernschen Ahnenreihe, packte auch ihn die jäh aufsprießende soziale Idee wie viele seiner Hochschulkollegen. Aber, besonnen und vorsichtig, wie er war, und wie er ist, ließ er sich nicht in große Konflikte bringen. Es ist immer seine Art gewesen, zu versöhnen, zu vermischen. Er billigte einen „maßvollen" Sozialismus — „maßvoll" ist das Lieblingswort derartiger Männer — und gleichzeitig den Staat, der nur mit innerem Widerstreben soziale Zugeständnisse mache. Die Botschaft Wilhelms I., die die Arbeiterversicherungen einleitete, galt ihm damals die Lösung aller sozialen Fragen.

Dieser Weg, der im Grunde nichts weiter als eine fürsorgepolizeiliche Verwaltungsmaßregel ist, keine grundlegende Feststellung der sozialen Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung aller Staatsbürger, er war nach Schmollers Herzen. Sein Ideal lag verborgen in jenen Zeiten des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, in der eine patriarchalisch wohlmeinende Staatsregierung weise und streng die Geschicke der ihr anvertrauten „Untertanen" lenkte, in der die Verwaltungswirtschaft sich deckte mit Volkswirtschaft. Das war das Wesen seiner politischen Anschauung: man sollte die hereinbrechenden wirtschaftlichen und sozialen Ideen nicht als minderwertig und unberechtigt verwerfen; aber man sollte andererseits der Einsicht der Staatsgewalt vertrauen, die diesen Ideen schon zur rechten Zeit Geltung geben würde. Es ist Sache glücklich angelegter Naturen, so zu denken. Für Menschen, die da glauben, nur aus dem Kampfe könne der Fortschritt entspringen, ist solche Gesinnungsmethode nicht tauglich.

Schmoller hat sich deshalb in einen wahrhaft schneidigen Kampf über gegenwärtig brennende wirtschaftliche und soziale Fragen niemals eingelassen, und das unterscheidet ihn von seinem großen Gegner Brentano, dem sich das ganze Leben und Wirken ausfüllt mit dem Parteinehmen im Hader der aufeinander stoßenden Mächte. Schmollers Blick ruht immer und immer wieder aus in der Vergangenheit. Er lehrt, daß gewisse Erscheinungen und Entwickelungen in der Volkswirtschaft regelmäßig wiederkehren im Laufe der Geschichte, und daß wir füglich mit aller Sorgfalt die Einzelheiten der Vergangenheit aufspüren müssen, um uns an ihnen ein Beispiel zu nehmen für unser Verhalten in der Gegenwart. Es war eine notwendige Folge solcher Anschauung, daß er eine intensive historische Forschung anregte, und seine Abhandlungen über die mittelalterlichen Industrien in Straßburg, über die ausdämmernde Industrialisierung Preußens unter den ersten Hohenzollernkönigen, die er in seinen „Umrissen und Entwürfen" zu einem sehr lesenswerten Buche vereinigte: diese Abhandlungen waren Muster von gelehrten Essays und gründlicher Forschung.

Das Schlimme war aber, daß es auf diesem Wege des Durchstöberns ferner, fremder Zeiten gar kein Halt mehr gab. Was bei dem Lehrer ein Vorzug war, wurde den Schülern zum Verderben. Die Schule Schmoller, die die Berliner Universität beherrscht (Jastrow hat nicht den offiziellen Segen und von dem jungen Wildbrand spricht man nicht) hat eine kolossale Bücherarbeit geleistet und im Grunde nichts hinter sich gebracht. Es ist unausbleiblich, daß Gelehrte, die nur die Kenntnisse von den Details des Mittelalters haben, verstummen und ratlos bleiben vor den dringenden Notwendigkeiten der modernen Entwickelung. Es geht ihnen genau so wie den Weltschätzen, die in der Ferne alles scharf unterscheiden, aber in der Nähe hilflos werden.

Schmoller gehört mit seiner historischen Forschungsmethode deshalb zu jenen Gelehrten, die für das moderne Hilfsmittel der Statistik sehr wenig Sympathien hegen, und das trennt ihn scharf von Adolf Wagner, dessen wissenschaftliche und politische Gesinnung er im übrigen teilt. Er will alle Lehr- und Leitsätze für die Gegenwart ableiten aus entsprechenden und ähnlichen Vorkommnissen in vergangenen Epochen der Wirtschaftsgeschichte. Daß das an und für sich gefährlich ist, ist leicht zu begreifen. Es steht eben in der Willkür des einzelnen, was er zu vergleichen beliebt. Aber auch hier sind es wieder die Schüler, die sich versteigen bis zu einer direkten Verachtung der Statistik, und die fest und stramm auf die billige Weisheit schwören, daß man mit der Statistik alles beweisen könne.

Im Grunde ist Schmoller ein diplomatischer Geist. Er haßt Hitzigkeit und Temperament, und es muß schon sehr weit kommen, ehe er einmal scharfe Worte findet. Er gehört zu jenen Menschen, die es verstehen, jeder Sache eine gute Seite abzugewinnen und hinter jeden Tadel ein „immerhin" zu setzen. Er liebt die Ruhe und die Sanftheit. Er ist deshalb der taugliche Mann, um der Bülowschen Politik das geeignete theoretische Relief zu geben. Er überträgt diese Eigenschaften auch auf seine Lehrtätigkeit. Er duldet in seinem Seminare kein Aufeinanderplatzen der Meinungen, keinen Debattensturm. Er schlichtet und besänftigt. Es ist bekannt: wer ein wenig müde in seine Kollegs kommt, der wird dort nicht grausam aufgepeitscht.

Gewerbegerichtswahlen.

In der vergangenen Woche fanden in Meiderich (Rheinland) Gewerbegerichtswahlen statt nach dem Verhältniswahlsystem. Es standen drei Parteien einander gegenüber:

Liste Nr. 1 sozialdemokratische Gewerkschaften, Liste Nr. 2 evangelischer Arbeiterverein und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein, Liste Nr. 3 katholischer Arbeiterverein und „christliche" Gewerkschaften. Der gemeinsame Wahlvorstand der Liste Nr. 2 hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Wahlkampf streng sachlich zu führen und ist diesem Grundsatz auch nachgekommen. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften kann, abgesehen von einzelnen Seitenhieben, auch gesagt werden, daß die Form des Kampfes nicht persönlich verletzend war. Anders natürlich war dies auf seiten der „christlichen" Gewerkschaften.

Vor der Landtagswahl, so schreibt die „Westdeutsche Post", wo die angestellten Sekretäre dieser Richtung alle Hände voll zu tun hatten, um die Agitation für das Zentrum zu besorgen, neigten wir zu der Ansicht hin, daß man auch hier gewillt sei, nur sachlich zu kämpfen. Doch die Zeit nach der Landtagswahl bis zum 11. Juni mußte uns eines besseren belehren. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins gegen ihre eigenen Führer scharf gemacht. Besonders war es nach dieser Seite auf den Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins abgesehen.

Die Liste Nr. 2 hat trotzdem glänzend gesiegt.

Es erhielten Stimmen:

Liste 1 (sozialdemokratische Gewerkschaften) 1869 Stimmen,
Liste 2 (evangelischer Arbeiterverein und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein) 6694 Stimmen,
Liste 3 (katholischer Arbeiterverein und „christliche" Gewerkschaften) 4025 Stimmen.

Es erhalten demnach Beisitzer:

Liste 1 keinen,
Liste 2 drei,
Liste 3 zwei.

Mit vieler Mühe und Not hat die Liste 3 den Rest, den zweiten Beisitzer, erhalten.

Es waren ausgeschieden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften: 1 Beisitzer; evangelischer Arbeiterverein und Gewerkverein 2 Beisitzer; katholischer Arbeiterverein und christliche Gewerkschaften 2 Beisitzer.

Es ist zu wünschen, daß bei der Gewerbegerichtswahl in Berlin, wo im Herbst zum ersten Mal nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wird, der Wahlkampf auf allen Seiten sachlich ausgefochten werden möge. Auch darf erwartet werden, daß die Berliner evangelischen Arbeitervereine es sich reiflich überlegen werden, mit wem sie bei der Wahl zusammengehen werden. Von den Zentrumsleuten werden sie keinen Dank ernten!

Eine neue Jerusalems-Fahrt.

Das Kaiserpaar soll nach einer Mitteilung hiesiger Blätter die Absicht haben, anläßlich der feierlichen Eröffnung des Pilgerheims, die 1910 stattfinden dürfte, eine zweite Reise nach Jerusalem zu unternehmen, wahrscheinlich in Verbindung mit der Frühjahrsreise nach Korfu.

Persien und die Pforte.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der persische Botschafter der Pforte eine sehr energische Note überreicht, die sich auf Meldungen aus Urmia stützt und die Einstellung der Ausschreitungen der Kurden verlangt. Der Botschafter wird deshalb und wegen des neuerlichen Vormarsches der Türken am Freitag eine Audienz verlangen.

Brandenburgischer Städtetag.

Frankfurt a. Oder, 23. Juni.

Der zweite Tag der Verhandlung wurde durch einen Vortrag des königlichen Gartenbauinspektors Zahn, Dahlem

über die Gartenkunst im Städtebau

eingeleitet. Er verwies auf die schönen Wallanlagen in der Stadt Frankfurt, die die Teilnehmer des Städtetages in Augenschein genommen haben. Einfachheit und Ruhe, ohne Prunk und Pracht soll die Signatur sein. Hauptsache ist die Unterhaltung von Anlagen, für die genügend Mittel bereitgestellt werden müssen. Fehlerhaft ist es, schematisch mit der Errichtung von Vorgärten vorzugehen. Gewisse uniformierte Stadtteile, wie sie zum Beispiel die Vororte Berlins aufzuweisen haben, seien auf das Entschiedenste zu bekämpfen. Eine gleichmäßige, langweilige Straße wird dadurch nicht viel besser, daß sie gleichförmig mit Bäumen bepflanzt wird. Eckgrundstücke dürfen keine Vorgärten enthalten. Durch Zurücktreten oder Vorschieben der Bepflanzung muß für die nötige Abwechselung gesorgt werden. Es ist nicht nötig, alle Straßen mit Bäumen zu versehen. (Nötig nicht, aber angenehm!) Der gewünschte Schatten für den Bürgersteig könnte auch durch die Bäume und Sträucher aus den Vorgärten erzielt werden; als Beispiel gilt die Viktoriastraße in Berlin. (Wo ist denn da der Schatten?) Bei Erholungsplätzen sei der Kinderspielplatz nicht zu vergessen. Bei neu zu schaffenden Parkanlagen ist, wie das Ergebnis des Preisausschreibens für den Schillerpark in Berlin zeigt, jetzt der Gedanke

maßgebend, die gesamten Anlagen für das Publikum freizugeben. (Lebhafter Beifall).

Die Aufhebung des Steuerprivilegs für Beamte

erörterte Bürgermeister Dr. Barnhagen, Kottbus. Er begründete eine Reihe von Leitsätzen, die kurz zusammengefaßt besagen:

„1. Die Heranziehung der bisher privilegierten unmittelbaren Reichs- und Staatsbeamten zur Gemeindeeinkommensteuer erfolgt nach Maßgabe des von der Gesamtsumme des privaten Einkommens und des Amtseinkommens zu berechnenden Staatssteuersatzes, dergestalt, daß durch eine Verhältnisrechnung der auf jede dieser beiden Einkommensgattung entfallende Anteil an der Staatseinkommensteuer ermittelt wird. Die gesetzlich zulässigen Abzüge werden auf die verschiedenen Gattungen des Einkommens nach Verhältnis verteilt. 2. Die Heranziehung des Privateinkommens erfolgt unter Zugrundelegung des Anteils desselben an dem Staatssteuersatze des Gesamteinkommens nach Maßgabe der für die Zensiten der Gemeinde maßgebenden Vorschriften und Steuerbeschlüsse. 3. Die Heranziehung des Diensteinkommens erfolgt nach Maßgabe nachstehender Bestimmungen, durch Vermittelung einer Zentralstelle (Abrechnungsstelle) für den ganzen preußischen Staat. 4. Jede Gemeinde berechnet das Gemeindesteuersoll vom Diensteinkommen der in ihrem Bezirk steuerpflichtigen Beamten nach der Einkommensteuerveranlagung des laufenden Wirtschaftsjahres unter Zugrundelegung des Anteils des Diensteinkommens an dem Staatssteuersatze des Gesamteinkommens jedes einzelnen nach Maßgabe der für die Zensiten der Gemeinde maßgebenden Vorschriften und Steuerbeschlüsse und sendet eine Zusammenstellung des Steuersolls, nach einer von der Staatsaufsichtsbehörde zu bestimmenden Listenanweisung geordnet, an die Abrechnungsstelle. In den Bundesstaaten wird der Verkehr zwischen der Abrechnungsstelle und den Gemeinden, soweit die Staatsaufsichtsbehörde nicht anderweite Anordnungen trifft, durch den Einkommensteuerveranlagungskommissar vermittelt, welcher die Nachweisungen zu sammeln und nach Prüfung weiterzugeben hat."

Zur Beratung gelangte ein weiterer Antrag Kottbus:

„Wir beantragen, der Städtetag wolle beschließen: Der Städtetag ersucht den Vorstand, bei der Staatsregierung und bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin vorstellig zu werden, daß über die bevorstehende

Neuregelung der Lehrergehälter

die in erster Linie interessierten Gemeinden vor der Entscheidung gutachtlich gehört werden."

Dazu bemerkte der Referent, Oberbürgermeister Werner Kottbus: Die Verhandlungen im Parlament hätten ergeben, daß die Lehrerfrage eine sehr ernste Gestalt angenommen hat. Verschiedene Kommunen würden gezwungen sein, wichtige Aufgaben zurückzustellen, um für die Lehrer zu sorgen. (Ist die Schule nicht eine der wichtigsten Angelegenheiten der Kommune?) Das Selbstbewußtsein der Lehrer ist außerordentlich gesteigert (Warum sollen sie sich ducken?) und ihre Ansprüche werden noch weiter wachsen. (Bis die Lehrerarbeit genügend bezahlt wird!) Die Gehälter sind infolge der Aufwendungen der Städte zum Teil schon zu hoch gegenüber den Gehältern anderer Beamtenkategorien. (Doch nur der Unterbeamten!) Wohin soll das führen, wenn diesem Streben kein Halt geboten wird. (!!) Die vielen Vorzüge (?), die der Lehrer heute schon vor den anderen Beamten hat, werden durch die geplante Aufbesserung noch vermehrt; gegen die Schraube ohne Ende könne nur die Gleichstellung der Lehrer mit den anderen Beamten helfen. (Welche Beamten meint denn Herr Werner eigentlich? Hinter den mittleren Beamten bleiben die Lehrer weit zurück! Will Herr Werner die Lehrer auf die Unterbeamtengehälter herunterdrücken? Es ist erstaunlich, daß dem Redner niemand aus der Versammlung entgegengetreten ist!) Der Antrag Kottbus wurde fast einstimmig angenommen.

Die nachfolgenden Anträge wurden zur Kenntnis genommen. Antrag Brandenburg: „Der Städtetag ersucht den Vorstand, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, die

Grundbuchämter

zum unmittelbaren Verkehr mit den Gemeinden dahin zu ermächtigen, daß sie Anträgen auf regelmäßige Mitteilung der stattgefundenen Auflassungen von Grundstücken und Rechten für Zwecke der Umsatz- und Wertzuwachssteuerveranlagung mitsprechen dürfen." Antrag Kottbus: „Der Städtetag ersucht den Vorstand, bei der Regierung und gesetzgebenden Körperschaften wegen Regelung des

Ruhegehalts der höheren Gemeindebeamten

vorstellig zu werden. Der Vorstand wurde weiter beauftragt, die Vorarbeiten für die Errichtung einer besonderen Haftpflichtversicherung für die Provinz in die Wege zu leiten. Als Vorort für 1909 wurde Rixdorf gewählt.

Deutsch-französische Verkehrsverbesserungen.

Vom Deutsch-Französischen Wirtschaftsverein wird uns geschrieben:

Die französische Abteilung unserer Organisation hat dieser Tage eine Arbeitssitzung ihrer Fachkommission für Transport- und Verkehrsfragen veranstaltet. Aus den Verhandlungen ist namentlich folgendes hervorzuheben:

I. Es wurde geklagt über unzureichende Schnelligkeit des Postpaketdienstes zwischen den großen Plätzen Frankreichs und Deutschlands und beschlossen, dahin zu wirken, daß 1. die französischen und deutschen Eisenbahn- und Postverwaltungen Verfügungen zu möglichster Beschleunigung des Postpaketdienstes treffen, 2. der Postpaketverkehr zwischen Berlin und Paris gemäßigtlich stets über Belgien geleitet würde, da diese Route die schnellste Beförderung ermöglicht, 3. die beiderseitigen Zollverwaltungen Maßnahmen ergreifen, um die durch das Umladen und die Zollabfertigung an der Grenze jetzt eintretenden Verzögerungen zu beseitigen.

II. Weiter wurde über Mittel und Wege beraten, um eine Beschleunigung des Transportes französischer Südfrüchte nach Deutschland zu erzielen. Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge geht der von Süden kommende Zug zu früh ab, um die Lese des Tages mitnehmen zu können, und trifft zu spät in Berlin ein, als daß seine Transporte noch am gleichen Tage verwertet werden könnten. Bei entsprechendem Entgegenkommen aller beteiligten Eisenbahnverwaltungen, wozu jedoch auch noch die Verlegung eines Zuges im Bezirk der Eisenbahndirektion Kassel erforderlich wäre, würde sich die für die Ueberführung der südfranzösischen Gemüse nach dem Berliner Markt notwendige Frist um mehr als 24 Stunden abkürzen lassen.

III. Es wurde von den Interessenten des Gütertransports der Wunsch ausgesprochen, man möge über die Abfahrt und Ankunft der Frachtzüge ebenfalls orientiert werden wie über die der Personenzüge; die anwesenden Vertreter der französischen Bahnen versprachen, in diesem Sinne Schritte zu tun.

IV. Sehr interessant war der Bericht des an der Sitzung teilnehmenden Deputierten der Vogesen M. Schmidt über das Projekt einer neuen Eisenbahnverbindung durch den Wasgenwald nach dem Oberelsaß (St. Dié-Markirch). Dieses Projekt hat früher bereits der Petitionskommission des deutschen Reichstages vorgelegen, ist von dieser aber am 7. März 1906 zunächst abgelehnt worden, ebenso wie früher von seiten des französischen Kriegsministeriums Bedenken strategischer Natur dagegen geltend gemacht wurden. Der Berichterstatter verlas nun einen Brief des gegenwärtigen Kriegsministers, aus dem hervorging, daß in der französischen Regierung diese Bedenken nicht mehr obwalten. Da die deutsche und die französische Bevölkerung der beteiligten Bezirke die Verwirklichung des Projektes dringend wünscht, so hat sich die Stadt Markirch neuerdings bereits noch einmal an die Petitionskommission des Reichstages gewendet, so daß auch hier die Angelegenheit ohnehin noch einmal zur Sprache kommen wird.

Es wurde beschlossen, die Anregungen und Beschlüsse der Kommission, soweit zu ihrer Verwirklichung ein Entgegenkommen deutscherseits notwendig sei, dem Deutsch-Französischen Wirtschaftsverein mit der Bitte um dessen Unterstützung bei den zuständigen behördlichen Stellen zu übermitteln.

Kuxhaven, 23. Juni. Der englische Fischdampfer „Arcadia" aus Grimsby ist in der Nähe von Norderney vom Fischereikontrolleboot S 42 beim Fischfang auf deutschem Gebiet angetroffen worden. Der Dampfer wurde hier eingebracht, der Kapitän verhaftet.

Parma, 23. Juni. Heute nachmittag wurde eine Patrouille von Karabinieri von mehreren Leuten, die vor dem Tor einer Schankwirtschaft standen, mit Steinen beworfen. Die Karabinieri feuerten einige Revolverschüsse ab, ohne jemanden zu verletzen. Die Angreifer schlossen sich in die Schankwirtschaft ein. Das Tor wurde jedoch erbrochen, und die Ruhestörer wurden verhaftet.

16. Bundestag des Bundes Deutscher Gastwirte.

(Telegraphischer Bericht.)

Köln (Rhein), den 23. Juni.

Unter zahlreicher Beteiligung wurde heute vormittag in der Bürgergesellschaft der 16. Bundestag des Deutschen Gastwirtebundes eröffnet. Nach den üblichen Begrüßungsreden ging man sogleich zum ersten Punkt der Tagesordnung, der Erstattung des Geschäftsberichtes über, der sich mit vielen gewerbepolitischen, sozialpolitischen und organisatorischen Fragen beschäftigt. Im Vordergrunde des Interesses, so heißt es in dem Bericht unter anderem, steht seit drei Jahren

die Bierpreisfrage,

die schon mehrere Bundestage beschäftigt hat. Der Bundesvorstand hat es sich angelegen sein lassen, der Regelung dieser Frage näher zu kommen, und hat in einem längeren Rundschreiben an die Mitglieder dargelegt, in welcher Weise er diese Frage weiter zu behandeln gedenkt. Die eingesetzte Kommission für den Entwurf eines einheitlichen Bierlieferungsvertrages ist im Oktober 1907 zusammengetreten. Als endgültiges Ergebnis der Beratungen dieser Kommission können drei Vertragsentwürfe angesehen werden, die kürzlich in der Fachpresse veröffentlicht wurden. Als sehr bedeutsam für den wirtschaftlichen Kampf gegen die Brauereien darf die Gründung eines Verbandes der Wirtschaftsgenossenschaftsbrauereien angesehen werden. Genossenschaftsbrauereien wurden gegründet in Nürnberg, Berlin, Frankfurt a. M., Hannover und anderen Orten.

Das alte Schmerzenskind

der Gastwirte, der Flaschenbierhandel, hat den Bundesvorstand eingehend beschäftigt. Eine an den Reichstag gerichtete Petition blieb leider ohne Resultat, dagegen haben die Bestrebungen der Wirte in dieser Frage in einzelnen Bundesstaaten mehr Berücksichtigung gefunden. In der Frage der

Sonntagsruhe

ist es dem energischen Einschreiten mehrerer Vertreter des Gastwirtestandes auf dem Internationalen Sonntagsruhekongreß zu danken, daß die auf dem Kongreß vorgeschlagene Resolution nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Wegen der Bedeutung dieser Frage ist sie neuerdings auf die Tagesordnung des diesjährigen Bundestages gesetzt worden.

Weiter behandelt der Bericht mehrere Gesetzentwürfe und Projekte. Es wird festgestellt, daß die neue Fernsprechgebührenordnung wahrscheinlich eine erhebliche Belastung für das Gastwirtgewerbe bringen wird. Angesichts der finanziellen Kalamität im Reichshaushalte werden wahrscheinlich Branntwein, Branntweinsteuer und Spiritussteuer beziehungsweise das Branntweinmonopol in nicht zu ferner Zeit greifbare Gestalt annehmen. Es ist selbstverständlich, daß der Vorstand gleich bei dem ersten Auftauchen dieser Projekte eine Untersuchung einleitete, um festzustellen, wie weit der Gastwirtestand dadurch in Mitleidenschaft gezogen würde. Wird die Brausteuer zur Tatsache, dann bedeutet dies einen

ungeheuren Schlag

gegen das Gewerbe; denn die Wirte werden es sein, die die Lasten dieser Steuer zu tragen haben. Bei der heftigen Agitation gegen den Alkoholkonsum überhaupt und bei den gesteigerten Rohmaterialpreisen ist nicht daran zu denken, daß der Konsument oder der Brauer die Steuer aufbringe.

Der jüngst veröffentlichte Weingesetzentwurf beschäftigte ebenfalls den Bundesvorstand. Aus dem Bericht über die Organisation ist festzustellen, daß dem Reichsverband der Gastwirtsverbände nunmehr über 100,000 Mitglieder angeschlossen sind.

Es folgten Referate über das

Verhältnis der Gastwirte zu den Brauereien.

Im Anschluß daran wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Erhöhung der Bierpreise seitens der Brauereien hat alle Wirte in denjenigen Städten und Bezirken schwer geschädigt, in welchen der Bierausschankpreis nicht oder nicht entsprechend erhöht werden konnte. Der durch Verträge der zu einem Verband vereinigten Brauereien der einzelnen Brauerei gewährte sogenannte Kundenschutz hat sich als ein schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit der Wirte erwiesen und in

---

Johannistag.

(Nachdruck verboten.)

Der Tag Johannis des Täufers, „des Größesten, so von Menschen geboren", wird noch heute vielfach festlich begangen, nicht ohne die üppigsten Auswüchse phantastischer Gebilde und abergläubischer Einbildungen. Trotzdem wir uns rühmen, im „aufgeklärten Zeitalter" zu leben, ist doch ein großer Teil des Volkes noch nicht so weit gekommen, die Sucht für das Abergläubische und Unnatürliche aufzugeben und dafür den gesunden Verstand walten zu lassen.

So gilt bei vielen der Vorabend dieses Festes, der 23. Juni, an dem von menschlichen Unholden Zauberkräuter, aber auch manches Heil- und Hilfskraut wie die allgemein bekannte „Johannishand" gepflückt beziehungsweise gegraben werden, für höchst bedeutungsvoll.

Ferner behauptet der Aberglaube, daß eine anhaltende, den Feldfrüchten verderbliche Feuchtigkeit eintrete, sobald es am Johannistage regne.

Ein ursprünglich altheidnischer Brauch, der nebst manch' anderem in das Christentum übergegangen ist, besteht darin, daß am Tage des Täufers hier und da Johannisfeuer aufleuchten. Wir wissen, daß unsere altheidnischen Vorfahren durch Reiben trockener Hölzer aneinander den erforderlichen Brand erzeugten. Auf diese Weise wurden auch die Johannisfeuer angefacht und hießen deshalb ursprünglich „Ried- oder Gaidefeuer", das heißt Reibfeuer (das Wort ist in dem plattdeutschen gaiden = reiben noch erhalten). Später wurden die Feuer „Nodfyr" (Notfeuer) genannt und angezündet, wenn das große, von allen germanischen Völkerschaften gefeierte Naturfest der Sommersonnenwende begangen wurde.

Im hohen Norden ist heute noch der Johannistag, an dem die Sonne ihren höchsten Stand erreicht und in jenen Breiten wochenlang ununterbrochen am Himmel weilt, ein großes Volksfest. Auf den Höhen werden Feuer angezündet, um die man scherzt und tanzt. Finnische Männer werfen Wacholdersträucher in die Flammen, während Frauen und Mädchen sich mühen, die funkensprühenden Büsche wieder herauszuziehen. Wer daheim bleibt, richtet auf seinem Gehöft, vor seiner Tür oder in Gesellschaft anderer auf dem Markte den „Johannisbaum" auf, eine Birke mit Blumen, bunten Bändern, hölzernen Vögeln und dergleichen geschmückt. Um diesen Baum tanzte und vergnügte sich jung und alt, während die Gutshexen das Fest mit Ball und Festmahl begingen. Die ehemals volkstümlichen Johannisfeuer in Bayern hatten eine gewisse Berühmtheit erlangt. Die Chronik vom Jahre 1401 berichtet, daß selbst der Herzog Stephan, ein zweiundsiebzigjähriger Greis, mit der Witwe Reinholds v. Ravensteiin, seiner Braut und späteren „neuen Frauen", sich auf dem Münchener Marktplatz gar rüstig über das lodernde Johannisfeuer geschwungen habe. Mit diesem Sprunge war seit alters eine abergläubische Bedeutung verknüpft: wenn er gelang, der blieb das ganze Jahr über vom Fieber verschont. Auch den Ausfall der Flachsernte schrieb man dem Gelingen des Sprunges zu; daher rief der Springende:

„Flachs, Flachs, Flachs!
Daß dies Jahr der Flachs
Sieben Ellen wach(s)!"

In Frankreich, das seine kirchlichen wie volkstümlichen Feste seit je in origineller Weise beging, ist die Johannisfeier mancherorts noch recht sonderbar, so zum Beispiel in Toulon. Mit Sonnenuntergang schreiten vom Rathause her die städtischen Behörden, begleitet von einer Schar fackeltragender Burschen. Bewegt sich der Zug an einer Kirche vorüber, so öffnen sich die Kirchtüren und der Klerus schließt sich an. Der Umzug endet auf dem Marktplatz. Hier sind in einem Haufen Rebhölzer (Weinpfähle) aufgestapelt, in den der Maire eine Fackel wirft, daß sie in Brand geraten. Sobald die Flammen auflodern, verlassen Rat und Geistlichkeit unter dem Schmettern der Trompeten den Marktplatz und das Volk gibt sich der Ausgelassenheit hin. Wächter halten das Feuer in Schranken, bis es mit seiner letzten Glut das Meer rötet. Dem „Feuerfest" folgt das „Wasserfest" als eine Anspielung auf die Taufe. Junge Mädchen mit Karaffen und anderen kleinen Wasserbehältern treiben ihr neckisches Spiel, indem sie sich einander verfolgen und wie schöne Blumen begießen.

Soh.

Auf Entdeckerpfaden.

(Nachdruck verboten.)

Gar mancher mag eine Tropfsteinhöhle besucht haben, die für den touristischen Verkehr längst erschlossen war. Aber sozusagen als „Entdecker" in ein unterirdisches Verlies eindringen, das seinem Namen noch wohl vielleicht den benachbarten Ortsbewohnern bekannt, jedoch nur von sehr wenigen wirklich einmal flüchtig betreten wurde, ist schon ein viel seltenerer Ereignis. In der oberpfälzischen Hochebene, dem Ausläufer des fränkischen Jura umherstreifend, bin ich auch einmal von Zufall begünstigt gewesen, eine Tropfsteinhöhle, deren es ja im Jura unzählige gibt, eingehend unterfuchen zu können. Sie liegt etwa eine halbe Stunde von Altfeld, einem Bauerndorfe zwischen Hersbruck und Sulzbach, und führt im Volksmunde die Bezeichnung „Schwarzenberg"- oder „Windlochhöhle". In Begleitung zweier junger Dorflehrer und eines Photographen hatte ich sie damals besucht. Zu diesem Zweck hatte ich besondere Vorkehrungen getroffen. Am Eingang — nur ein enger, abschüssiger Trichter — wurde das Ende einer Rolle mit starkem Bindfaden befestigt, die nun mitgenommen wurde. Auch steckten wir vom Ausgangspunkte an auf dem ganzen Wege, den wir zu machen hatten, und der voraussichtlich im Zickzack in unbekannte Tiefen führen würde, brennende Kerzen aus, damit uns das Wiederherausfinden erleichtert und auch zugleich das Terrain ein wenig beleuchtet wäre. Nun ging's vorwärts und tastend weiter.

Zunächst gelangten wir in eine riesige Höhle, deren Durchmesser mit 80 Meter, deren Tiefe mit 60 bis 70 Meter wohl nicht zu hoch angeschlagen sein dürfte. Kolossale Felsplatten bis zu 40 Quadratmeter Breitfläche liegen nebst zahllosen Steintrümmern, die sich einst von der Tonnenwölbung, diese bildend, losgelöst haben, umher. Auch einzelne Stalaktiten von der Größe eines Zuckerhutes, die, man sieht es an den Narben an der Wölbung, einst wohl dort als Zapfen herunterhingen, sind unter dem Steingeröll zu finden. Nachdem wir etwa 15 Minuten lang in einem Neigungswinkel von ungefähr 40 Grad links abwärts geklettert waren, kamen wir zum Grunde der Höhle. Hier stießen wir wieder auf zwei Gewölbe, ein großes und ein kleines. Von der Decke hingen viele hundert Fledermäuse herab, die uns, durch den Kerzenschein und einige Magnesiumfeuer von Winterschlafe aufgeschreckt, plötzlich laut kreischend in dichten Scharen umschwärmten dermaßen, daß wir genötigt waren, unsere Hüte mit Tüchern festzubinden und schützend beide Hände vor Mund und Augen zu halten; auch schwirrten die ängstlichen Tiere durch unsere Lichter, so daß diese mehrmals verlöschten. Sobald wir sie aber wieder entzündeten, ging der Spektakel von neuem los. Trotzdem gelangen mehrere Blitzlichtaufnahmen dieses Raumes wie anderer interessanter Objekte.

Die rechte Seite dieser großen, unstreitig älteren Höhle ist verschüttet; gleichwohl lassen sich hier Gänge vermuten, die vielleicht zu interessanten Entdeckungen führen würden, weil solche Trichter und Schächte im Jura sich in der Regel weit auszudehnen pflegen. Hinter der alten Höhle kamen wir zum Teil mit Hilfe von Stricken, an denen wir abwärts kletterten, in tiefer gelegene Gänge, die — bald offener, bald aber auch wieder sehr enge, so daß sie jedes Weiterkommen oder Hindurchkriechen unmöglich machen — Tropfsteingebilde jüngeren Alters aufzeigen. Das eine hat die Form eines regelrechten Butterfasses, das andere gleicht einer Kirchenkanzel; beide sind sehr schön. Hier bemerkten wir auch frische Ansätze von Stalagmiten. Der unaufhörliche Fall von Sintertropfen von den Wölbungen in der unheimlichen Stille hat etwas Geheimnisvolles; es ist ein ewiges Raunen und Rauschen, gleichsam wie von Geisterstimmen aus dem Inneren der Erde.

Jedenfalls dürfte früher ein weiteres Vordringen möglich gewesen sein, da man von größeren Wasserbecken in unabsehbarer Tiefe erzählt. Ich habe, soweit ich vordrang, nichts entdecken können als mehrere Trichter, die weiterzuführen scheinen. Durchzwängen konnte man sich nicht; dagegen warfen wir Steine hinein, die nach ziemlicher Pause unten auf Wasser aufschlugen, was als Beweis für das Vorhandensein von Sammelbecken gelten kann. Daß übrigens der Alfelder Bach hier seinen Ursprung nimmt, ist ausgemacht. Ein altes Büchlein, 1780 in Augsburg gedruckt, weiß sogar von „Sturmwinden" zu erzählen, die, wenn sie aus der Höhle hervorbrechen, „starke Gebäude, Bäume usw. zu Boden werfen". Ebenso spricht es von unterschiedlichen, starken Brunnen, „böse Brunnen" genannt, die nicht allein eine gewisse Teuerung voraussagen, sondern auch verschlemm, solange sie fließen, solange werde die Teuerung dauern, und wie sie jederzeit ihren Lauf verstärken, also werde auch die Teuerung zunehmen; wenn sie aber beginnen zu verseihen, so verändert sich auch die Teuerung, bis sie ganz trocken werden und also etliche Jahre verbleiben . . Von all dem ist natürlich nichts tatsächlich als die — Phantasie des Chronisten. Aber daß einstmals hier die germanischen Ureinwohner gehaust haben mögen, ist sehr wahrscheinlich. Ueber der Höhle soll auch eine heidnische Opferstätte gestanden haben. Von seiten des germanischen Museums in Nürnberg hat man zu Lebzeiten des Direktors Dr. Effemwein die Absicht gehegt, über und in der Höhle Nachgrabungen zu veranstalten; seit seinem Tode wurde die Idee aber nicht wieder aufgenommen. Sicher ist, daß die Windlochhöhle zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der gerade um Alfeld herum mehrere blutige Schermützel zeitigte, und auch später allerlei Gesindel zum Unterschlupf gedient hat; denn die Alfelder Pfarrmemorabilien, die mir handschriftlich zur Einsicht vorgelegen haben, wissen mitzuteilen, daß einem Pfarrer Paul Martin Oertel (1709—28) vermutlich wegen seiner kühnen Worte von der Kanzel „von den Räubern, so sich damals auf dem Lande und sonderlich in und um Alfeld aufhielten, nachgestellt und verschiedentlich gedroht wurde, weshalb er sehr bald verzog . ."

Der gegenwärtige Zustand der Windlochhöhle macht deren Besuch äußerst schwierig, dennoch wäre zu wünschen, daß sie dem allgemeinen Zugang erschlossen würde, um das Gebiet der Jurahöhlen um eine vielleicht überraschend interessante Sehenswürdigkeit zu bereichern.

ck.

vielen Fällen dem Gastwirtestand große Nachteile zugefügt. Es erscheint daher als eine ernste Pflicht des gesamten Gastwirtestandes, mit allen erlaubten Mitteln für die **Beseitigung** dieses Kundenschutzes einzutreten. Wenn die Brauereien den berechtigten Forderungen der Gastwirte nicht entgegenkommen sollten, soll die **Errichtung eigener Brauereien** in den betreffenden Bezirken oder der Anschluß an bestehende Brauereien ins Auge gefaßt werden."

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung betraf die

Abänderung des § 33

der Gewerbeordnung (**Konzessionierung von Schankbetrieben**), zu der eine große Anzahl Anträge eingegangen ist. Man einigte sich auf folgende Resolution: „Der Reichsverband der deutschen Gastwirteverbände möge alsbald wieder eine Eingabe betreffend Abänderung des § 33 der Gewerbeordnung bei dem deutschen Reichstage einzureichen. In dieser Eingabe sind unter anderen folgende Forderungen aufzustellen: 1. Im § 33 Absatz 1 ist eine entsprechende Einschaltung zu machen, wodurch auch der Fleischendierhandel und der Kleinhandel mit Wein und Bier über die Straße konzessionspflichtig gemacht und der Prüfung des Bedürfnisnachweises unterworfen wird. 2. Die Prüfung des Bedürfnisnachweises ist in allen deutschen Staaten und Städten ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl obligatorisch zu machen. 3. Die Erlaubnis zum Ausschank geistiger Getränke kann für alle Getränke dieser Art erteilt werden. 4. Sämtliche für das Wirtsgewerbe, den Ausschank und Kleinhandel von geistigen und nichtgeistigen Getränken bestehenden Bestimmungen haben Anwendung zu finden auf Warenhäuser, Kantinen sowie auf Vereine und Gesellschaften aller Art, auch wenn der Betrieb nur auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist."

Ueber das nationale

Kartell der Gasthausangestellten

und seine Forderung sprach hierauf **Kröger** (Kassel). Er wies darauf hin, daß es Sache des Bundes sei, möglichst frühzeitig hierzu Stellung zu nehmen. — Ueber die neuen Steuerprojekte betreffend die Brausteuer, die Spiritussteuer und das Branntweinmonopol referierten **Heyne** (Leipzig) und **Beide** (Breslau).

Ueber den Entwurf zum neuen Weingesetz referierte sodann **Kämpf** (Leipzig). Der Bundestag nahm hierzu eine Resolution an, in der er gegen den neuen Gesetzentwurf Protest erhebt, weil er den Verkauf unnötigerweise erschwere. Der Bund halte das Gesetz von 1901 bei richtiger Anwendung für vollständig ausreichend. Eine Weinsteuer lehne der Bund als einseitige Belastung entschieden ab.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Zum Orte des nächsten Bundestages wurde Darmstadt gewählt.

Hierauf wurde die Tagung **geschlossen**.

Des Vatermordes angeklagt.

Das Försterdrama am Müggelsee.

Nach der Rückkehr der Prozeßbeteiligten vom Lokaltermin in Rahnsdorf eröffnete Landgerichtsdirektor **Schneider**, um 2½ Uhr die Sitzung wieder und richtet an den Angeklagten die Frage, ob er mit Rücksicht auf die an Ort und Stelle erfolgten **Zeugenaussagen** nicht zugeben wolle, daß er sein zuerst **vermitztes Gewehr** nachträglich in die mehrfach erwähnte Ecke gestellt habe. — **Angekl.**: Wenn es der Fall wäre, würde ich es sagen, es ist aber **nicht wahr**. — **Präs.**: Dann müssen Sie aber auch die Folgen tragen, die daraus gezogen werden können. — Ein **Geschworener** erklärt es nämlich wegen der Geschworenenbank für wünschenswert, falls nicht **seelsorgerische Bedenken** entgegenstehen, den Amtsrätgeistlichen über die Aeußerungen zu hören, die dieser nach Angabe des Angeklagten über dessen Anschuld gemacht haben soll. Ferner wünschen die Geschworenen eine genaue Feststellung, wann in der Mordnacht der **Mond** aufgegangen ist.

Rechtsanwalt Dr. **Schwindt** läßt aus den Akten feststellen, daß der Angeklagte Anfang März in einer Zuschrift an den Untersuchungsrichter selbst schon mitgeteilt hatte, daß er sich darauf besinne, es sei aus seiner Flinte doch noch

kurz vor dem Tode des Vaters

einmal geschossen worden, und zwar vom Vater selbst bei einer **Hasenjagd in Hessenwinkel**. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten wiederholt vor, daß er doch über dieses Thema die verschiedensten Angaben gemacht habe. Es sei auch auffällig, daß der Angeklagte bis dahin nichts von dieses nochmaligen Benutzung des Gewehrs gesagt habe. — Staatsanwaltschaftsrat **Schmidt**: Ich habe auch ein großes Interesse daran, daß der Anstaltsgeistliche ganz genau die Worte widergibt, die er angeblich an den Angeklagten gerichtet haben soll. Ich glaube nicht, daß der Herr die Worte so gebraucht haben soll, wie der Angeklagte behauptet. — Rechtsanwalt Dr. **Schwindt** beantragt, auch den Geistlichen zu vernehmen, der den Angeklagten zwei Jahre über Ihren Charakter **Konfirmationsunterricht** gegeben und ihn eingesegnet hat. Dieser werde die beste Auskunft über seinen Charakter geben können. — **Präs.**: Seit der Einsegnung sind doch sechs Jahre vergangen. Ist denn der Pastor in der Lage gewesen, den Angeklagten seitdem wieder zu beobachten? — **Angekl.**: Er hat mich einmal gesehen. — **Vors.**: Wenn er die sechs Jahre nicht gesehen, dann kann der Herr Prediger am Ende auch nichts über Ihren Charakter sagen. Daß Sie sich **sehr verstellen** können, beweist doch schon die Tatsache, daß Sie Ihre Eltern so **stark getäuscht** haben. — Rechtsanwalt Dr. **Schwindt**: Der Angeklagte ist jetzt 20 Jahre. Er wird doch nicht in sechs Jahren in solchen Grad der Verworfenheit und des Verbrechertums hineingestreift haben, daß er nun des schwersten Verbrechens, das es gibt, nämlich des Vatermordes fähig wäre. (Der Angeklagte schluchzt bei diesen Worten.) Daß der Angeklagte aus Furcht vor Strafe seine Eltern mehrfach beschwindelt hat, ist gewiß nicht schön. Es wird dies aber hier so oft hervorgehoben, als ob man diese kleinen Verfehlungen gewissermaßen als **Vorstufe zum Vatermorde** betrachten könne. Dem gegenüber liegt es doch im Interesse des Angeklagten, wenn ein hochangesehener Geistlicher seine Kenntnis von dem Charakter des Angeklagten hier vorträgt. — Staatsanwaltschaftsrat **Schmidt**: Es wäre natürlich töricht, aus den Schwindeleien des Angeklagten zu folgern, daß er nun auch des Vatermordes fähig sei. Die Schwindeleien des Angeklagten müssen aber doch große **Bedenken gegen dessen Wahrheitsliebe** erregen. — Rechtsanwalt Dr. **Schwindt** beantragt ferner, einen **Mann** zu laden, dessen Schwiegervater **ein gewisser Betuschat** ist, der wegen Altersschwäche jetzt in einer Anstalt sich befindet. Dieser Betuschat habe einmal seinem Schwiegersohn erzählt, er kenne einen gewissen **Roloß** in Friedrichshagen. Dieser sei schon wegen Wilddieberei bestraft und habe einmal sich dahin geäußert: „er wolle dem Förster auch noch einmal eine Bohne in den Leib jagen." — Forstmeister **Kottmeier** bemerkt hierzu auf Befragen, daß in Friedrichshagen wirklich ein Roloß existiert, der einmal wegen **Wilddieberei** bestraft ist. Was den Betuschat betrifft, so ist dieser nicht sehr glaubwürdig, denn er ist, wie festgestellt wird, schon wegen Meineides bestraft und sitzt jetzt wieder in Irrenhause. — Der **Verteidiger** beantragt ferner, den Töpfermeister **Schwahn**, Vorsitzenden des **Kriegervereins zu Rahnsdorf** darüber zu vernehmen, daß zur Zeit, als Vorbereitungen zu einem Festspiel zu Kaisers Geburtstag getroffen wurden, wobei Willi einen Leutnant darzustellen hatte, der Förster sich sehr anerkennend über seinen Sohn ausgesprochen hatte. — Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung über die Anträge vor.

Der nächste Zeuge, Invalide **Steinkopf** hat auf dem Försterhof gearbeitet und kennt auch den Knecht **Mehlisch**. Dieser sei von dem Förster **oft schlecht behandelt** worden, auch noch am Tage vor dessen Tode. Der Zorn sei aber bei dem Förster immer wieder bald verraucht gewesen. Einmal habe die Frau Förster ihm gesagt, daß ihr Ehemann, wenn sie ausging, ihr mehrmals gesagt habe: „Du lässt wohl wieder auf die Friedrichstraße?" Auf die Frage der Frau Förster, was denn das eigentlich heiße, habe er geantwortet: „Na, das ist ein altes Sprichwort!" Da habe die Frau Förster gemerkt, was damit gemeint sei, und habe **geweint**. Nach weiterer Bekundung des Zeugen soll ein gewisser Rölke einmal gesagt haben: Der Angeklagte habe einmal sich dahin geäußert, daß er dem Vater auch noch einmal ein **Paar blanke Bohnen** geben werde.

Dieser Rölke ist nicht auffindbar.

Angekl.: Ich bestreite, mit dem Rölke mich in Gespräche eingelassen zu haben. Rölke war ein Kuhhirt und ist von dem Förster zweimal weggejagt worden. — **Präs.**: Dieser nicht mehr auffindbare Rölke ist der **Hauptbelastungszeuge gegen den Angeklagten** in dem Verfahren wegen **Wilddieberei**. — **Angekl.**: Rölke war oft betrunken.

Es werden dann einige Zeugen vernommen, von denen sich der Angeklagte unter der falschen Vorspiegelung **Geld** geliehen hat, daß es für seinen Vater sei. Zwei dieser Zeugen bekunden, daß sie den Angeklagten nicht gedrängt oder um die Wiedergabe des Geldes gemahnt hätten. Auf andere Zeugen über dieses Thema vereichtet der Verteidiger. — Ein Zeuge **Fischer** bekundet unter anderem, daß der Angeklagte ihm gesagt habe, er sei so aufgeregt, daß er nicht schlafen könne. — Der Angeklagte bestreitet dies. Er schlafe stets sehr gut. Hier im Untersuchungsgefängnis selbst schlafe er täglich zehn Stunden. — **Präs.**: Na, das zeugt nicht von Aufgeregtheit. Sie verbüßen ja wohl Ihre Strafe in der Untersuchungshaft und müssen arbeiten. Was arbeiten Sie denn? — **Angekl.**: Ich muß **Düten drehen**. — Ein Zeuge **Otto**, der mit dem Angeklagten bekannt war, und dessen „Passion" es ist, den Charakter der Menschen zu studieren, erklärt unter anderem, daß der Angeklagte weichherzig veranlagt ist und er ihn nimmermehr einer so furchtbaren Tat für fähig halte. — Restaurateur **Rudolf** schildert den Angeklagten als einen angenehmen Menschen, der bei allen beliebt war. Der Vater sei streng gegen ihn gewesen wie auch gegen die anderen Kinder. Ein intimes Verhältnis habe zwischen dem Angeklagten und dem Vater nicht obgewaltet. Der Förster sei **streng** und **barsch**, aber nicht nachtragend gewesen. Der Angeklagte sei gutmütig, freundlich und gefällig. — Rechtsanwalt Dr. **Schwindt**: Hält der Zeuge den Angeklagten eines **Vatermordes** für fähig? — **Zeuge**: Wir alle, die wir ihn kennen, **glauben nicht**, daß er seinen Vater erschossen hat. — Plattenbesitzer **Otto**, der nächste Zeuge hat freundschaftlich in der Familie des Försters verkehrt und läßt sich ausführlich über das dort herrschende Familienleben aus. Speziell wird er befragt, ob es wahr sei, daß eines Tages die Ella Schwarzenstein heulend aus dem Keller gestürzt gekommen sei und geschrien habe: „Ernst (Mehlitsch) bindet schon, **Vater schlägt ihn noch tot!**" Darauf soll, wie der Zeuge bestätigen soll, der Angeklagte sehr erregt gewesen sein, **einen Revolver** ergriffen und die Absicht gehabt haben, seinem Vater entgegenzutreten, der Zeuge soll ihn aber zurückgehalten haben, vernünftig zu sein. — Ein **Geschworener**: Wir wünschen von dem Zeugen zu wissen, ob der Förster auch den Angeklagten verprügelt hat? — **Zeuge**: In meiner Gegenwart niemals. — Rechtsanwalt Dr. **Schwindt**: Der Angeklagte gibt ohne weiteres zu, daß er als Junge von seinem Vater hier und da wohl mal eine Ohrfeige bekommen hat, wie das nicht so ungewöhnlich ist. In den letzten zwei Jahren ist er aber vom Vater niemals mehr geschlagen worden.

Es folgen dann mehrere Zeugen, die über das Verhältnis zwischen den Eheleuten Schwarzenstein befragt werden. Verschiedene dieser Zeugen schildern, daß eine gewisse Spannung zwischen ihnen obwaltete. Einige Unstimmigkeiten sollen wegen der Verwaltung der Erbschaft, die der Frau Förster zugefallen war, geherrscht haben. Auch das Verhältnis zwischen Vater und Sohn soll nach der Ansicht einiger Zeugen nicht das beste gewesen sein. Willy Schwarzenstein habe sich immer als der noble Mann aufgespielt und sei wegen seines etwas arroganten Auftretens im Dorfe vielfach spöttisch „der Herr Forstrat" genannt worden.

Bei der nun folgenden Vernehmung der Angehörigen des Ermordeten entwickeln sich wiederholt höchst **dramatische Szenen**. Die jetzt 13jährige **Ella Schwarzenstein** bestritt unter Schluchzen und Weinen den Saal. Sie gräbt ihr Gesicht tief in ihr tränenfeuchtes Taschentuch. — **Vors.**: Du bist Ella Schwarzenstein, nicht wahr? Es ist für dich ja sehr **schwer**, die Fassung zu bewahren, aber nimm dich, so weit du kannst, zusammen. — Ella Schwarzenstein erzählt nun unter heftigen Weinen, daß Willy gegen 6½7 Uhr abends nach Hause gekommen sei und Abendbrot gegessen habe. Gegen ½10 Uhr wären sie schlafen gegangen. Nach wenigen Minuten habe sie gehört, wie Willy noch einmal heruntergekommen und in die Küche gegangen sei. Sie habe hier die Brotmaschine quietschen hören, so daß sie annahm, Willy schneide sich noch eine Stulle ab. Der Vater sei sehr streng gewesen und habe öfter geschimpft, er war dann aber gleich wieder gut

Frau Mathilde **Schwarzenstein**,

die Frau des Ermordeten,

betritt hierauf, in tiefes Schwarz gekleidet, den Saal. — **Vors.**: Frau Schwarzenstein, Sie haben das Recht, Ihre Aussage zu verweigern. Sie müssen sich allerdings in einem Zwiespalt Ihrer Gefühle befinden. Sie haben den Mann verloren, Ihr Sohn sitzt auf der Anklagebank. Wollen Sie unter diesen Umständen aussagen? — Frau Schwarzenstein (heftig schluchzend): Ich will aussagen, ich will die reine Wahrheit sagen. — Auf Fragen des Vorsitzenden erklärt die Zeugin folgendes: Sie sei mit ihrem Manne seit 1879 verheiratet gewesen. Seit 1904 habe ihr Mann die Försterei Müggelsee innegehabt. Diese Stellung sei sehr einträglich gewesen, so daß sie aus dem Ertrage der Wirtschaft die gesamten häuslichen Ausgaben bestreiten konnte. Ihr Mann habe sein ganzes Gehalt für sich verwendet. Ersparnisse habe er trotzdem nicht gemacht, denn sie habe nur 300 Mark im Nachlasse gefunden. Die Zeugin bekundet, mit ihrem Manne nicht unglücklich gelebt zu haben, auch will sie wie ihre Tochter Ella an jenem Abend die Brotmaschine habe knarren hören. Als sie dann weiter erklärte, sie sei an dem Mordabend, als im Hause alles schlief, **nochmals aus dem Hause gegangen**, um nach ihrem Manne zu sehen, entsteht allgemeine Bewegung im Saale. — **Vors.**: Aber davon haben Sie bisher trotz Ihrer wiederholten Vernehmungen niemals auch nur das geringste gesagt! — **Zeugin**: Selbstverständlich habe ich das immer gesagt. Ich habe immer gesagt, daß ich um ½11 Uhr noch einmal die **Schlüssel vom Fenster genommen** habe und die **Haustür aufgeschlossen** habe. Ich selbst habe auch die **Schlüssel stecken lassen**. (Bewegung.) — **Vors.**: Es ist doch aber zum mindesten **höchst sonderbar**, daß Sie nie mit dieser für das Schicksal Ihres Sohnes höchst wichtigen Angabe hervorgetreten sind. Es stand doch in allen Zeitungen, daß sich die Anklage hauptsächlich auf die offene Haustür stützt. — **Zeugin**: Ich habe diese Angabe doch gemacht. — Amtsrichter Dr. **Matz**: Wenn die Zeugin dies in ihrer Vernehmung auch nur andeutungsweise gesagt hätte, so wäre ich doch auf diesen immerhin wichtigen Punkt näher eingegangen. Die Vernehmung ist sehr sorgfältig vorgenommen worden und dauerte über zwei Stunden. — Auf eine Frage des Besitzers Landgerichtsrats **Stolting**, erklärt die Zeugin weiter, daß sie gegen 12 Uhr eingeschlafen sei. Von den Schüssen habe sie nichts gehört. — Staatsanwaltschaftsrat **Schmidt**: Hat Ihr Sohn schon am Abend vorher von Schmerzen im Fuß gesprochen? — **Zeugin**: Jawohl. — Dr. **Schwindt**: Hieß es denn nicht immer, daß Willy der Lieblingssohn Ihres Mannes sei? — **Zeugin**: Jawohl. Mein Mann hielt früher große Stücke auf ihn. Die Zeugin erklärt schließlich noch, daß sie der Ansicht sei, daß ein Wilderer ihren Mann erschossen habe.

Die beiden Brüder des Angeklagten, ein Hilfsförster und ein Bootsmannsmaat, bekunden, daß sie ihrem Bruder die Tat keinesfalls zutrauen und sie auch nachher nicht das geringste Auffällige bemerkt hätten.

Die Sachverständigen, Medizinalrat Dr. **Pfleger** und Gerichtsarzt Dr. **Marx**, haben die Obduktion der Leiche des Försters Schwarzenstein vorgenommen und bekunden ihre Befunde. Danach war der erste Schuß, der in die Beine des Ermordeten ging, nicht tödlich, dagegen der zweite Schuß, der aus nicht weiter Entfernung abgegeben sein muß.

Nach Vernehmung noch einiger Zeugen wird die Sitzung nach 8 Uhr auf Mittwoch 9½ Uhr vertagt.

Die Obduktion des Pharao.

Elliot Smith nahm vor einigen Monaten die Autopsie eines der mächtigsten Monarchen der antiken Welt vor und berichtet jetzt über diese Leichenöffnung in den „Annales du Service de l'Antiquité de l'Égypte". Obwohl es sich um einen Monarchen handelt, der vor 35 Jahrhunderten regiert hat ist die Erinnerung an ihn auch heute noch überall lebendig, denn es war Merenptah, der Pharao, der, nach der biblischen Ueberlieferung, den Juden die Erlaubnis gab, Aegypten zu verlassen. Merenptah war der Sohn Ramses' II. und der Enkelsohn Sethos' I., und Elliot Smith fand eine ausgesprochene Aehnlichkeit zwischen dem Schädel der Mumie und den Schädelformen der beiden großen Vorgänger (diese Schädelformen können wir an noch erhaltenen Statuen jener Herrscher studieren). Merenptahs Körper war der eines alten Mannes; er war 1 Meter 71 Zentimeter groß; der Mund war zahnlos, der Schädel fast ganz kahl und nur zum Teil mit grauen Haaren bedeckt. Da der größte Teil der Eingeweide bei der Einbalsamierung herausgenommen wurde, hatte Elliot Smith nur ein stark reduziertes Forschungsmaterial zu seiner Verfügung. Im Brustkasten der Mumie fand er ein Stück vom Herzen und daran befestigt ein Teilchen der Aorta. Dieses Stück der Hauptschlagader zeigte deutlich alle Zeichen von vorgeschrittener Arterienverkalkung. Aus Legenden, die auf uns gekommen, und die nicht alle mosaischen Ursprunges sind, weiß man, daß Merenptah neben vielen anderen Fehlern den hatte, daß er gern ein bißchen viel trank. Wenn seine Frau, die schöne Meriamum (Mirjam?) etwas von ihm wünschte, verlangte sie es nie direkt, sondern indem sie ihn zu einer Partie Schach aufforderte; den Einsatz bildete stets der Gegenstand, den sie zu haben wünschte. Merenptah war ein gefürchteter Schachspieler, aber Meriamum stellte auf den Tisch ein Gefäß mit einem heraufsendenden Cyperwein, und das Resultat war, daß Merenptah von den Schachpartien, die er mit seiner Frau spielte, auch nicht eine einzige gewann. Man darf wohl annehmen, daß er dem starken Cyperwein auch seine Arterienverkalkung verdankte. So ergänzen die Indiskretionen moderner Forschung die uralten Indiskretionen der Urgeschichte Aegyptens.

Die Hockergräber.

Unter den Arten der Bestattung oder Beerdigung, die sich in Amerika, Afrika, Asien, Australien und Ozeanien und im vorgeschichtlichen Europa finden, hat wohl kaum eine so lebhaft die Forschung beschäftigt wie die **Hockerbestattung**, die den langgestreckten Toten in eine Stellung mit angezogenen Knien zwingt. Eigentümliche Vermutungen wurden aufgestellt: auf der einen Seite wurde Nahrungsmangel als Grund für die Bestattungsart angenommen, auf der anderen glaubte man, der hockende Tote solle die Lage des Embryo im Mutterleibe nachahmen und so der Wiedergeburt entgegenharren. Beide Anschauungen entsprangen mehr der Phantasie als der Forschung, die noch vor allem bei den Völkern, die noch heute diese Beerdigungsart anwenden, die Gründe herauszuholen suchen muß. Diesen Weg hat Professor Richard **Andree** eingeschlagen; über seine Forschungen gibt der soeben erschienene neue Jahrgang des Herderschen Jahrbuches der Naturwissenschaften einen Bericht, dem wir das Ergebnis der Andreeschen Untersuchung entnehmen. Danach handelt es sich bei dieser Bestattung überall darum, die Leiche als Hocker möglichst stark zu **fesseln**, um die schädliche Wiederkehr des Toten aus dem Grabe zu hindern. Der Tote kommt aber nach altem Volksglauben wieder, um seinen Tod zu rächen oder als Gespenst die Ueberlebenden zu plagen. Damit er das nicht kann, wird er auf die vorsichtigste und stärkste Weise gefesselt, mit Bändern zusammengeschnürt, eingewickelt, damit er sich ja nicht rühren könne. Für das Vorhandensein dieser Anschauung hat Andree zahlreiche Beispiele zusammengebracht, häufig wird der Grund dieser Bestattungsart deutlich in der Trauerrede ausgesprochen. Wir sehen hier ein Ueberbleibsel von der Anschauung der engen Zusammengehörigkeit der beiden Reiche des Lebens und des Todes.

Napoleon als Dichter. Daß Napoleon I. sich auch als Dichter versucht hat, ist den Geschichtsschreibern bisher anscheinend entgangen. Es ist nun aber ein Madrigal aufgefunden worden, das er als achtgehnjähriger Offizier verfaßt hat. Natürlich war es die Liebe oder doch wenigstens die Galanterie, die selbst in diesem strengen Tatsachengeiste einmal eine Art von poetischer Begeisterung erregte. Im Februar 1787 richtete Bonaparte ein Huldigungsgedicht an die Sängerin in Sainte-Huberti, die damals in der Titelrolle der Oper „Dido" von Piccini Marseille entzückte. Das Gedicht lautet in deutscher Uebersetzung folgendermaßen: „Ihr Römer, die ihr euch erlauchter Abkunft rühmt, schaut her, wovon das Werden eines Reiches abhing: Dido hatte nicht genug Reiz, um die Flucht zu verhindern, noch der es ihren Geliebten verlangte. Wäre aber die andere Dido, die Zierde dieser Stätten, Königin von Karthago gewesen, er hätte, um ihr zu dienen, seine Götter im Stiche gelassen und einer schönen Land wäre noch heute wild." Das ist also, scheint's, Napoleons einzige poetische Leistung. Danach zu urteilen, hätte er es als Dichter nie über die unterste Gegenden des Parnasses hinausgebracht.

Ein neues chemisches Element. In einem auf Ceylon vorkommenden Mineral, dem **Thorianit**, sind, wie der „Frkf. Ztg." berichtet wird, die Spuren eines **neuen Elements** aufgefunden worden. Der Entdecker ist ein englischer Forscher, **Clarence Brereton Evans**. In einem der letzten Berichte der Chemical Society macht er von seinen Untersuchungen Mitteilung. Der Thorianit enthält in geringer Menge Schwefelverbindungen des Silbers, Kupfers, ferner des Arsens, Antimons und Zinns. Bei der genauen chemischen Untersuchung wurde auch die Schwefelverbindung jenes neuen Elements aufgefunden. Aus dieser konnte das neue Element selbst erhalten werden. Es ist ein **Metall** von dunkelgrauer Farbe, das nicht flüchtig ist und bei heller Rotglut schmilzt. Bisher konnten nur ganz geringe Mengen isoliert werden. Nach einer mühevollen Arbeit von mehreren Monaten gelang es, 0,05 Gramm von dem Oxyd des Metalls in die Hände zu bekommen. Dieses entspricht 0,005 Prozent der verarbeiteten Schwefelverbindungen. Diese sind, wie schon erwähnt, selbst nur in ganz geringer Menge im Thorianit enthalten und man gewinnt eine klare Vorstellung von der Seltenheit des neuen Elements, wenn man erfährt, daß 1,500,000 Kilogramm des Ceylonschen Minerals verarbeitet werden müßten, um 1 Kilogramm des neu entdeckten Metalls abzuscheiden. Infolge der kleinen Substanzmengen, die bisher zur Verfügung standen, konnten die weiteren Eigenschaften noch nicht vollständig studiert werden, doch soll die Suche nach dem neuen Element in anderen Mineralien fortgesetzt werden. Eine vorläufige spektroskopische Untersuchung hat keine neuen Linien verraten.

Theaterchronik. Im **Schiller-Theater Charlottenburg** tritt morgen Bernhard **Herrmann** zum letzten Male vor seinem Abschied aus Berlin in einer größeren Rolle auf; er spielt in dem Blumenthal-Kadelburgschen Lustspiel „**Auf der Sonnenseite**" den Richard v. Brick. Bernhard Herrmann hat dem Schiller-Theater sechs Jahre lang angehört und wird mit Beginn der nächsten Saison Mitglied des Wiesbadener Hoftheaters.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 25. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: die Zusicherung einer städtischen Beihilfe von jährlich 25,000 Mark für ein neues Aquarium zu Berlin bis auf 40 Jahre — und den Ankauf der Grundstücke Alte Jakobstraße 36 bis 42 und Küraßierstraße 16 bis 20 zur Vergrößerung des Waisenhauses Berlin und Verbreiterung der Alten Jakobstraße. — Vorlagen betreffend: die anderweitige Verwendung der bisherigen Direktorwohnung im Luisenstädtischen Gymnasium und die Zahlung einer Mietsentschädigung an den neugewählten Anstalts-

leiter, — Ergänzung der für das Schulgeldeinziehungsgeschäft bei den höheren Lehranstalten gegebenen Bestimmungen. — den Empfang der Union interparlementaire pour l'arbitrage international in den Festräumen des Rathauses und Bereitstellung außerordentlicher Mittel im Betrage von 500 Mark für den Druck einer Jubiläumsfestschrift des Andreas-Realgymnasiums. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, mit der Staatsregierung in Verhandlung zwecks Uebernahme der Sicherheitspolizei zu treten. — Vorlage betreffend die Aufnahme der im Polizeidirektionsbezirk Lichtenberg festgenommenen geschlechtskranken Prostituierten in die Krankenstation des städtischen Obdachs und die Festsetzung des Verpflegungssatzes auf 3 Mark für den Tag gegenüber den Gemeinden, aus deren Weichbild Prostituierte zur Zwangsheilung der Krankenstation des Obdachs zugeführt werden. — Am Freitag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Tagesordnung: Die in der ordentlichen Sitzung am 25. d. M. etwa unerledigt bleibenden Gegenstände.

Der Teltower Kreistag

wählte in seiner letzten Sitzung den Landrat v. Achenbach zum Direktor der Kreisfeuersozietät. Der Betrieb der Teltower Industriebahn wurde vorerst für fünf Jahre vom Kreise übernommen. Nach dieser Zeit soll die Bahn gegen eine entsprechende Entschädigung in den Besitz des Kreises übergehen. Der Bau einer Chaussee durch forstfiskalisches Gelände im Anschluß an die Provinzialchaussee Berlin—Kottbus, die vom Forstfiskus dringend gewünscht wurde, fand nicht die Zustimmung des Kreistages. Es wurden genehmigt 250,000 Mark als Nachforderungen für den Ausbau der Kreiskrankenhäuser und 200,000 Mark zur Errichtung eines Anschlußgleises von der Rixdorf-Mittenwalder Eisenbahn nach dem Teltowkanalhafen Tempelhof. Zu dieser Anschlußbahn haben die Anlieger und Interessenten noch 270,000 Mark beizutragen.

Die Schmargendorfer Gemeindevertretung beschloß, die Gehälter der Lehrer und Gemeindebeamten teilweise mit rückwirkender Kraft vom 1. April d. J. zu erhöhen. Der Nachtrag zur Grundwertzuwachssteuerordnung, der die Erhebung der doppelten Steuer für unbebaute Grundstücke gestattet, und dessen Genehmigung erst im Beschwerdewege vom Bezirksausschuß zu Potsdam erkämpft werden mußte, hat der Gemeinde eine erhebliche Einnahme gebracht.

Aus den Vororten.

Unter den Rädern der Straßenbahn. Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern abend in der Rückstraße in Rummelsburg. Die beiden Kinder des Arbeiters Köhler aus der Friedrichstraße 39 B in Rummelsburg liefen, als sie den Straßendamm überschritten, in einen in voller Fahrt befindlichen Wagen der Straßenbahnlinie 76 hinein und wurden überfahren. Die Feuerwehr mußte herbeigerufen werden, um die Kinder unter dem Wagen hervorzuholen. Das siebenjährige Mädchen war tot, während der sechsjährige Knabe schwere Verletzungen an Kopf und Fuß davongetragen hatte.

Die Millionenbetrügereien eines Kommerzienrats.

Altona, 23. Juni.

(Telegraphischer Bericht.)

Aus der Verhandlung gegen den des betrügerischen Bankerotts angeklagten Kommerzienrat Adolf Möller heben wir noch folgendes hervor:

Angekl.: Die Unterbilanzen erschienen so groß, weil sie erst jetzt alle zum Konkurs angemeldet sind. — Vors.: Sie wollen jetzt zugeben, daß Sie die ganzen Jahre mit Unterbilanz gearbeitet haben? — Angekl.: Ja, aber ich habe es damals nicht gewußt. — Vors.: Wenn Sie es nicht gewußt haben, sind Sie selbst daran schuld, weil Sie keine ordnungsmäßige Bilanz gezogen haben. Die Bilanz von 1904 ist von Ihnen gefälscht, und dann sind die Bilanzen unausgesetzt bis in die letzte Zeit gefälscht worden. Geben Sie das zu? — Angekl.: Ja. Ich habe die Bilanzen immer aus Eitelkeit gefälscht, um ein Aequivalent für meine hohen Kredite zu haben. — Vors.: Richtiger wird sein, daß Sie die Bilanzen haben fälschen müssen, um den Kredit aufrecht zu erhalten und noch weiteren Kredit in Anspruch nehmen zu können. — Angekl.: Das kann ich nicht zugeben. Ich habe immer gedacht, aus meinen Unternehmungen die Kredite mit der Zeit zurückzahlen zu können.

Vors.: Was haben Sie nun für einen Aufwand getrieben? Ich glaube, wir brauchen uns in diese Frage nicht allzusehr zu vertiefen. Sie werden doch nicht bestreiten, daß Sie Liebschaften unterhalten haben. — Angekl.: Nein, ich bestreite das nicht. — Vors.: Für diese Liebschaften sollen Sie, die Schmucksachen und die Möbel nicht gerechnet, ausgegeben haben für eine Dame 12,700 Mark jährlich, für eine andere 16,000 Mark, für eine Dame in Wien 4000 Mark, und für eine Schneiderin 3000 Mark jährlich. — Angekl.: Das ist richtig. — Vors.: Sie haben dann der einen Dame eine Einrichtung geschenkt. Dann haben Sie noch sehr viel für Schmuck ausgegeben, im ganzen etwa 5000 Mark. — Angekl.: Ja. — Vors.: Sie haben dann noch der einen Dame 20,000 Mark geschenkt. — Angekl.: Ja. — Vors.: Sie haben ferner für sich persönlich verausgabt 10- bis 15,000 Mark jährlich. — Angekl.: Ja. — Vors.: Dabei ist Ihr Haushalt nicht eingerechnet. — Angekl.: Nein, der muß extra gerechnet werden. — Vors.: Wie hoch? — Angekl.: Etwa 40,000 Mark jährlich. — Vors.: Für Ihre Liebschaften haben Sie also 34,000 Mark jährlich gebraucht, für Ihren Haushalt 40,000 Mark, für Ihre Person noch außerdem 15,000 Mark, das sind schon 90,000 Mark jährlich. Dann haben Sie noch für Schmuck jährlich 8000 Mark ausgegeben. Dazu kommen die Ausgaben der Automobile und Chauffeure. Sie haben ferner Pferde und Wagen gehabt und dafür 15,000 Mark ausgegeben. 28,000 Mark haben Sie für einen Luxuswagen mit Pferden ausgegeben. Die Unkosten für die Automobile beliefen sich auf 55,000 Mark. Ferner haben Sie sich gehalten drei Pferde und sechs Wagen. — Angekl.: Ja. — Vors.: Und nun kommen Ausgaben, die Sie für Darlehen gemacht haben. Für die Erwerbung des anhaltinischen Kommerzienrattitels haben Sie 65,000 Mark bezahlt, indem Sie diese Summe einer mildtätigen Stiftung überwiesen. Ihrem juristischen Berater haben Sie für die Vermittelung des Titels 30,000 Mark gezahlt. Sie sollen ferner diesem juristischen Berater ein Darlehen in Höhe von 37,000 Mark gegeben haben. Einem anderen juristischen Ratgeber haben Sie auch noch ein Darlehen gegeben? — Angekl.: Ja, es wurde nachher in sein Honorar eingerechnet. — Vors.: Sie sollen ferner einem Herrn gegen Schuldschein 10- bis 15,000 Mark gegeben haben. — Angekl.: Ja. — Vors.: Dann haben Sie demselben Herrn acht Tage vor der Konkurseröffnung 5000 Mark gezahlt, angeblich für die Vertretung im Konkursverfahren. — Angekl.: Ja, der Herr sagte mir, das tue nichts. — Vors.: Sie haben demselben Herrn 58,000 Mark gegeben

für eine Grundstückszeitung.

Angekl.: Ja, die Zeitung sollte gegründet werden, aus der Sache wurde aber nichts. — Vors.: Ihre Bücher haben Sie ganz unordentlich geführt, so daß nichts daraus zu entnehmen ist. — Angekl.: Das habe ich getan, um die Steuerbehörde zu hintergehen. — Vors.: Einzelne Bücher wollten Sie verbrennen lassen. — Angekl.: Aus dem gleichen Grunde. — Vors.: Sie haben zugegeben, daß die Bilanzen von 1903 bis 1907 gefälscht sind, und zwar in der Weise, daß Sie das Gewinn- und Verlustkonto einfach schätzungsweise aufstellten. Wie war es mit den Lagerbeständen? — Angekl.: Auch die nahm ich willkürlich an. — Vors.: Ohne Inventur? — Angekl.: Ja. — Vors.: Bei einer Bilanz befindet sich der Vermerk: „für das Geschäft haftet mit ihrem Gesamtvermögen die Mutter des Geschäftsinhabers, Frau Witwe Möller in Höhe von 1,117,000 Mark." Das soll auch falsch sein, das Vermögen Ihrer Mutter soll viel niedriger sein. — Angekl.: Ja. — Vors.: Haben Sie diese Zahl aus der Luft gegriffen? — Angekl.: Ja. — Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet.

Die Zeugenvernehmung bietet immer dasselbe Bild. Die glänzenden Zeugnisse, die der Finanzagent des Kommerzienrats Möller übermittelte und die gefälschten Bilanzen Möllers waren die Hauptursache dafür, daß die Banken und Firmen dem Angeklagten die hohen Kredite einräumten.

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf morgen, Mittwoch, früh vertagt.

Ein Gastspiel mit Hindernissen.

Die Berliner Operettendiva Fritzi Massary, die gegenwärtig in Wien ein Gastspiel absolviert, hatte sich dort wegen Beleidigung des Advokaten Dr. Karl Samuely zu verantworten. Ein Theateragent, der von Fräulein Massary 1000 Kronen forderte, hatte durch Dr. Samuely eine einstweilige Verfügung über das Vermögen des Fräuleins Massary erwirkt. Als Fräulein Massary vor drei Wochen nach Wien kam, erschien in ihrer Wohnung der Vertreter des Dr. Samuely in Begleitung eines Gerichtsvollziehers, um die einstweilige Verfügung zu vollziehen. Fräulein Massary geriet über diesen Besuch in große Aufregung und rief dem Abgesandten des Anwalts zu: „Das ist eine Gemeinheit, eine Unverschämtheit, solche Gewalttaten auszuüben! Solche Ueberfälle können nur in Oesterreich passieren; richten Sie das nur dem Dr. Samuely aus!" In der Verhandlung erklärte der Verteidiger des Fräulein Fritzi Massary, daß seine Klientin unmittelbar nach ihrer Ankunft in Wien von dem Vertreter der Kläger förmlich überrumpelt wurde, und daß sie in berechtigter Aufregung über die ihr angedrohte Pfändung sich hinreißen ließ, das Vorgehen des Dr. Samuely in allzu scharfer Weise zu kritisieren. — Der als Zeuge vernommene Vertreter des Klägers bestätigte nach dem „N. W. T." die Aeußerung und fügte hinzu, daß Fräulein Massary ihm schließlich, um der Pfändung zu entgehen, zur Deckung der Schuld 1000 Mark übergab. Der Richter verurteilte Fräulein Massary wegen Ehrenbeleidigung zu einer Geldstrafe von fünfzig Kronen.

„Ein zweites Breslau."

Die vierte Strafkammer des Landgerichts I verhandelte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann eine Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Johann Weber. Er hatte sich wegen Beleidigung des Bürgermeisters Schrecker und der Polizeibeamten von Hamborn — einem niederrheinischen Industrieort — zu verantworten.

Die Beleidigung wurde gefunden in einem in Nr. 208 des „Vorwärts" vom September 1907 veröffentlichten Artikel unter der Ueberschrift „Ein zweites Breslau". Eines Tages erschien in Hamborn ein Agent und engagierte einige hundert Bergarbeiter nach Osterfelden, wobei er ihnen die Stellung eines Extrazuges versprach. Der Extrazug blieb aber, weil ihn der Agent nicht bezahlte, aus, und der zahlreichen abfahrtslustigen Bergarbeiter, die mit Frauen und Kindern auf dem Bahnhofe in Neumühl warteten, bemächtigte sich eine große Aufregung, die schließlich zu einem Konflikt mit der Polizei führte. In dem Artikel wurde das Vorgehen der Polizei gegen die Leute scharf getadelt. Die Polizei hätte ohne weiteres unter den Augen des Bürgermeisters die Säbel aus der Scheide gezogen und blindlings auf die Menge losgeschlagen, so daß ein einziges großes Jammergeschrei die Luft erschütterte. Der Bürgermeister habe den Befehl zum Dreinschlagen gegeben, und diesem Befehle sei in der Weise Folge gegeben, daß einem Manne die Hand gespalten worden sei. Diese Vorgänge, so wurde ausgeführt, bilden ein neues Blatt in der Geschichte preußischer Polizeiattacken auf wehrlose Bürger.

Nach einer bis in den späten Nachmittag sich ausdehnenden Beweisaufnahme beantragte Erster Staatsanwalt Steinbrecht gegen den Angeklagten sechs Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld beantragte die Freisprechung, weil er den Wahrheitsbeweis für gelungen erachtete und für den Angeklagten den Schutz des § 193 in Anspruch nahm.

Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.

SPORT

Trabrennen zu Westend.

Das gestrige Meeting brachte wieder interessanten Sport, doch endeten mit Ausnahme von Jonny im Dreijährigerrennen durchweg Aussenseiter in Front. Die Einzelresultate waren folgende:

Klubpreis. 2000 M. Dist. 2600 Meter. 1. Fran Heinrichens Flaß (Grube). 2. Miss Wilkes. 3. Mundschenk. Tot.: 71:10. Pl.: 23, 24, 27:10. Ferner liefen: Modeprinzess, Suleika, Nordische Brandung, Indianer I. Leicht 3—1/2 Lg. — Zweijährigenrennen. Preis 3200 M. Dist. 1200 Meter. 1. Herrn J. Beermanns Nachtwandlerin (Lyon). 2. Ingolf. 3. Shagia. Tot.: 105:10. Pl.: 26, 15, 16:10. Ferner liefen: Lady Electwood, Träumerin, Nomade, Bäuerin, Runkel, Biruta, Meteor I, Danno. Sicher 1/2—2 Lg. — Internationales Fliegerhandikap. Preis 3400 M. Dist. 2000 Meter. 1. Herrn M. Wolf, Golden Seal (Ch. Mills). 2. Gratorah. 3. Dirndl. Tot.: 64:10. Pl.: 20, 19, 24:10. Ferner liefen: Monarch, Gracie, Hilda Worthy, Mignon, Buddhistin, Juno, Dolly B., Ezio, Fritz Medium. Leicht 2 bis 1/2 Lg. — Preis vom Wannsee. 2600 M. Dist. 2700 Meter. 1. Herrn J. Waldhiers Der Schelm (W. Lemze). 2. Hagen I. 3. Haubenlerche. Tot.: 45:10. Pl.: 18, 36, 19:10. Ferner liefen: Harriet S., Pfirsich (disq.), Baldrian, Rose, Enzian, Lachtaube, Wasserkruf (disq.), Rebe, Siegfried VI., Perle, Bambus Pilot, Kampf Kopf-Kopf. — Dreijährigenrennen. Preis 2200 M. Dist. 2500 Meter. 1. Herrn C. Tonnes Jonny (Dießenbacher). 2. Jung Bullet. 3. Fiducit. Tot.: 21:10. Pl.: 15, 23:10. Ferner liefen: Eminent, Parmene, Kadi (disq.). Sicher 1/2—5 Lg. — Zweispännerhandikap. Preis 2000 Mark. Dist. 2600 Meter. 1. Stall Bavarias Quellnymphe-Balladyna (Ch. Mills). 2. Glückskind-Johann Prose. 3. Der Schelm-Juwel. Tot.: 29:10. Pl.: 11, 11:10. Ferner liefen: Krone-Jetzt. Sicher leicht bis 1 Länge. — Chaussee-Preis. 2400 Mark. Dist. 2800 Meter. 1. Hrn. J. Slotoschs Anwalt (Anthes). 2. Kalif. 3. Mary Prose. Tot.: 54:10. Pl.: 23, 24, 37:10. Ferner liefen: Camilla B., Dr. Sphyandr, Lisette I., Numont Pilot, Marke, Hagen I. Leicht 1 bis 1/2 Länge. Elite-Preis. 3300 Mark. Dist. 2600 Meter. 1. Stall Klausners Spinalmont (Grossmann). 2. Marmor. 3. Blaustein. Tot.: 52:10. Pl.: 18, 34, 15:10. Ferner liefen: (Domnau, Fafner, F. B. (disq.), Amri, Monarch. Sicher 1/2 bis 1/2 Länge.

Erfolge Berliner Ruderer. Die vom Sächsischen Regattaverein in Dresden veranstaltete Internationale Ruderregatta brachte den an den Hauptrennen beteiligten Berliner Vereinen grosse Erfolge. Den Kaiserachter, das Hauptrennen des Tages, gewann der schon in Grünau siegreich gewesene Achter des Spindlersfelder Rudervereins 1878. Es gelang dieser Mannschaft, die 2000 Meter lange Strecke in der Rekordzeit 4.56 2/5 Min. überlegen vor Sturmvogel-Leipzig (5.94 3/5) und Dresdener Rudergesellschaft zurückzulegen. Der Verbandsvierer und der Vierer um den Ehrenbreiausforderungspreis des vorm. Intern. Rowing Club-Dresden wurden ebenfalls von Spindlersfeld gewonnen. Ferner belegte noch die Berliner Rudergesellschaft 1884 durch B. Schmidt im Junioreiner den ersten Platz.

Schülerwettrudern. Am Sonnabend, 27. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr findet in Grünau das Schülerwettrudern der hiesigen höheren Lehranstalten statt. Eintrittskarten 50 Pfennig sind am Eingang zu den Tribünen erhältlich. Am Tage vorher, am Freitag findet das Schaurudern statt.

Radrennen in Treptow. Am kommenden Sonntag findet in Treptow ein Stundenrennen mit Motorführung statt, das von Bruni, Curt Rosenlöcher, Ad. Schulze und Haberer bestritten wird. Das Programm enthält noch ein 10-Kilometerrennen mit grossen Motoren, ein allgemeines Handikap, sowie 4 Prämienfahrten über 5 Kilometer mit je 20 Fahrern.

Regatta auf der Unterelbe. Aus Brunsbüttelkoog, 23. Juni wird gemeldet: Um 12 Uhr 45 Minuten begann die Segelwettfahrt des Norddeutschen Regattavereins auf der Unterelbe bei schönem Wetter und östlicher Brise. Gemeldet hatten 13 Boote. Mit dem ersten Start gingen „Meteor" mit dem Kaiser an Bord, „Hamburg" und „Susanne" über die Startlinie. Der „Meteor" war vom „Sleipner" und einem Torpedoboot begleitet. Die „Cobra" als Begleitschiff des Norddeutschen Regattavereins und zahlreiche andere buntbewimpelte Dampfer folgten der Wettfahrt.

Kleine Chronik.

Der böse Schwiegersohn. Zu dem ewig variierten Thema von der „bösen Schwiegermutter" wird einmal ein gegenständliches Stück aus Mühlhausen in Thüringen berichtet: Unter dem Verdacht, seine Schwiegermutter, die 57 Jahre alte Witwe Margarete Schmalbauch zu Tode mißhandelt zu haben, wurde dem „Erf. Allg. Anz." zufolge der 34 Jahre alte Schwiegersohn der Verstorbenen, der Landwirt Thor in Eigenrieden zur Anzeige gebracht. Thor meldete am Freitag auf dem Standesamt den Tod seiner Schwiegermutter mit dem Bemerken, daß er die Frau, als er vom Felde heimgekommen sei, leblos im Zimmer vorgefunden habe. Da dem Beamten die übrigen von T. gemachten Angaben unwahrscheinlich vorkamen, erstattete er Anzeige beim Gericht. Eine Gerichtskommission fand die Leiche in einer auffallend schlechten Beschaffenheit vor; der Körper der Toten war nur noch Haut und Knochen und wies zahlreiche Wunden und dunkle Flecke auf, die von Schlägen herrührten. Durch die vom Gericht vorgenommenen Ermittelungen wurde festgestellt, daß die Frau seit dem Tode ihres Mannes, der im März vorigen Jahres starb, wiederholt Schläge von ihrem Schwiegersohn erhielt, wenn sie etwas nicht nach seinem Willen ausführte. Besonders roh wurden die Mißhandlungen in den letzten drei Wochen, wo die Frau, wie verlautet wurde, fast täglich mit einem dekenstielstarken Knüttel bearbeitet wurde. Den größten Teil ihres Lebensunterhaltes mußte sich die Frau bei anderen Dorfbewohnern erbetteln, wobei sie aber hat, ja sogar ihrem Schwiegersohn zu erzählen, da sie dann wieder geschlagen werden würde. Höchstwahrscheinlich hat der Schwiegersohn aber trotzdem Kenntnis davon erhalten, daß seine Schwiegermutter betteln ging, und er sperrte sie vor etwa acht Tagen in ein Zimmer seiner Wohnung, wo die Unglückliche dann mehr Schläge als Nahrung erhielt. Schließlich wurde sie auch als Leiche aufgefunden. Als Grund für die Mißhandlungsweise des Angeschuldigten nimmt man an, daß er sich in Grundbesitz der Frau, die von ihrem Mann 18 Morgen Landhabe, setzen wollte, da sie ihrem Schwiegersohn das Gelände freiwillig übergab. Die Dorfbewohner nehmen dem Thor gegenüber eine drohende Haltung an, so daß dieser kaum seine Wohnung verlassen kann.

Ein Automobilstaubfänger. Ein Frankfurter Ingenieur, Karl Pizig, hat eine Erfindung gemacht, die, wenn sie sich bewährt, rasch allgemein eingeführt werden wird. Es handelt sich um einen „selbsttätigen Staubfang mit Selbstentleerung für Automobile und sonstige Fahrzeuge". Der Apparat besteht aus einem großen Staubschöpfkasten, der am unteren rückwärtigen Teil des Automobils hinter den Rädern angebracht wird, und in den der aufgewirbelte Staub hineingeschleudert wird, falls ihn nicht der Wind zur Seite treibt.

Eifersuchtsdrama zwischen Geistlichen. Aus Meldung aus Rom zufolge fand in Offagno (Ancona) eine Tragödie zwischen Geistlichen statt, die lebhaft an die jüngste Tragödie in Rieto erinnert, wo ein Domherr einem Kollegen Schwefelsäure in den Meßkelch goß und ihn und den Sakristan vergiftete. Der fünfunddreißigjährige Kaplan Angeloni war wegen einer schönen Pfarrerstochter auf seinen Pfarrer eifersüchtig. Gestern überfiel er den Pfarrer und feuerte auf ihn zwei Schüsse ab, wodurch er ihn schwer verletzte. Auch auf einen herbeieilenden Brigadier und Karabinieri gab der rasende Kaplan einen Schuß ab und jagte sich dann einer Kugel in den Kopf. Er starb im Spital.

Das lebende Verbrecheralbum. Ein New-Yorker Detektiv, William P. Sheridan, heißt unter seinen Kollegen „Der Mann mit den Kameraaugen". Noch besser könnte man ihn vielleicht „Das lebende Verbrecheralbum" nennen. Der Mann besitzt nämlich einen ganz erstaunlich scharfen Blick für Physiognomien und ein ebenso scharfes Gedächtnis. All die zahlreichen Verbrecher, die ihm in seiner Praxis vorkommen, bleiben ein für allemal vor seinem geistigen Auge aufgezeichnet. Sheridans Spezialität ist es, Individuen, die einen falschen Namen angeben, zu rekognoszieren und durch sein phänomenales Gedächtnis ihnen sofort ihr Sündenregister zu präsentieren. So ereignete sich kürzlich folgender Fall: Zwei ziemlich harmlos aussehende Individuen waren abgeholt worden, und gaben sich die der Polizei unbekannten Namen George Simpson und Josef Edwards. Als man sie zu Sheridan brachte, sah er sie beide einen Augenblick scharf an und sagte dann unverzüglich zu dem einen: „Sie sind William Nelson, vor drei Jahren wegen Raub bestraft. Und Sie, mein Herr, sind Hermann-Henri Hermann. Sie haben im Jahre 1885 einmal einen Raub in der vierten Avenue versucht. Sie haben in den 17 Jahren, in denen ich Sie nicht gesehen habe, allerdings Ihr Haar ziemlich verloren." In ihrer Vorliebe für große Zahlen behaupten die New-Yorker, daß Sheridan in seinem Gedächtnis nicht weniger als 100,000 Bilder geordnet und registriert aufgespeichert habe; aber schließlich wird es der Tüchtigkeit des Mannes keinen Abbruch tun, wenn es nur 98,000 sein sollten.

Letzte Nachrichten.

Brunsbüttelkoog, 28. Juni. Bei der **Segelwettfahrt** des Norddeutschen Regattavereins mußten die Jachten auf der zweiten Hälfte der Bahn kreuzen. „Hamburg" ging um 5 Uhr 45 Minuten durchs Ziel. „Meteor" später.

Bochum, 23. Juni. Amtliche Meldung. Von dem D-Zuge Nummer 3 Köln—Berlin **entgleisten** heute vier Wagen auf der Strecke Wattenscheid—Bochum. Die Ursache ist noch unbekannt. Einige Personen wurden leicht verletzt. Der erste Teil des Zuges fuhr nach kurzer Zeit weiter.

Karlsruhe, 23. Juni. Das hiesige Schöffengericht hat den Hospitator Karl **Waßmann**-Berlin wegen Beleidigung des Fräuleins Olga Molitor zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Von der vom Rechtsanwalt Dr. Pannwitz, dem Vertreter der Klägerin, beantragten sofortigen Verhaftung wurde Abstand genommen, weil es sich um ein Privatklageverfahren handele.

Friedrichshafen, 23. Juni. Gegen 5 Uhr nachmittags unternahm **Graf Zeppelin** unerwartet einen Aufstieg mit dem neuen Ballon. Das Luftschiff bewegte sich von schweizerischen Ufer nach der württembergischen Seite zu. Es funktionierte ausgezeichnet.

Madrid, 23. Juni. Der **neugeborene Prinz** hat den Namen Jaime erhalten.

London, 23. Juni. Unterhaus. Ashley (konf.) richtete an Staatssekretär Grey die Frage, ob er, da die Aussicht bestehe, daß die Stellung Muley Hafids als tatsächlicher Herrscher in Marokko gesetzmäßig werde, darauf vorbereitet sei, mit den Signatarmächten der Algeciracakte ins Einvernehmen zu treten, um die Anerkennung Muley Hafids als Sultan zu erlangen. Grey antwortete, es sei keine naheliegende Aufgabe für die britische Regierung, bei einem in der Marokkofrage etwa beabsichtigten Vorgehen die Initiative zu ergreifen. Was die soeben an ihn gerichtete Frage anlange, so verweise er auf die ausführlichen Mitteilungen, die der französische Minister des Aeußeren vorige Woche in der Kammer gemacht habe. Er habe dem, was dort gesagt worden sei, nichts hinzuzufügen.

Cleveland (Ohio), 23. Juni. Der republikanische **Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Sherman** leidet an Gallensteinen und befindet sich in einem hiesigen Hospital. Eine Operation ist wahrscheinlich, sein Zustand gibt aber zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß.

Schiffsbewegungen.

Bremen, 23. Juni. Norddeutscher Lloyd. „Norderney" Montag 2 Uhr nachm. in Galveston angek. „Scharnhorst" Dienstag 5 Uhr morgens in Suez angek.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Stiegerit; für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Stanjek, beide in Berlin; für den Inseratenteil: Paul Grüp, Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu Beiblatt.